

Bürgerbeteiligung und Infrastruktur- planung

Management Report
August 2012



TNS Emnid
Political | Social
©TNS 2012

| **BertelsmannStiftung**

Inhalt

1 Studiendesign	3
2 Die Ergebnisse im Überblick	4
3 Infrastrukturvorhaben in der Umgebung	5
4 Kenntnisstand und Informationsbedarf.....	6
4.1 Informationen über Infrastrukturmaßnahmen.....	6
4.2 Bevorzugte Kommunikationswege für Informationen über Infrastrukturmaßnahmen	8
5 Nutzungspotenzial eines Online-Informationssystems.....	9
6 Mitsprache bei Infrastrukturprojekten	12

1 Studiendesign

Mit diesem Bericht legt TNS Emnid Politik- und Sozialforschung, Bielefeld, im Auftrag der Bertelsmann Stiftung die Ergebnisse einer bundesweiten Telefon-Befragung vor. Die Studie untersucht die Bewertung von Mitsprachemöglichkeiten bei Infrastrukturvorhaben und lotet die Nachfrage nach einem Online-Informationssystem aus. Für die Datenerhebung und Auswertung war TNS Emnid, Bielefeld, verantwortlich.

Studiensteckbrief

Bürgerbeteiligung und Infrastrukturplanung

Institut	TNS Emnid Medien- und Sozialforschung GmbH
Methode	Telefonbefragung (CATI ad hoc)
Grundgesamtheit	Bundesdeutsche Wohnbevölkerung ab 14 Jahren
Stichprobe	1.003 Befragte
Erhebungszeitraum	17. bis 18. August 2012



TNS Emnid
Bürgerbeteiligung und Infrastrukturplanung
August 2012



TNS Emnid

Bielefeld, im August 2012

2 Die Ergebnisse im Überblick

Die vorliegende bevölkerungsrepräsentative Studie untersucht einerseits Mitsprachewünsche und andererseits die Bereitschaft zur Beteiligung im Rahmen größerer Infrastrukturprojekte.

Drei von zehn Deutschen geben an, dass in ihrer näheren Umgebung zurzeit größere Infrastrukturvorhaben geplant oder umgesetzt werden. Allerdings sieht sich knapp jeder Zweite nicht ausreichend über derartige Projekte informiert. In Metropolregionen scheint es aufgrund der höheren Zahl der Bauvorhaben noch schwerer zu sein, den Überblick zu behalten.

Es verwundert daher kaum, dass der Bedarf an zusätzlichen Informationen über derartige Infrastrukturvorhaben immens ist. Die meisten wünschen sich zudem eine aktive Informationspolitik der verantwortlichen Behörden, die auf den Bürger zugeht.

Hierbei wird eine klassische Berichterstattung in der Tageszeitung von den meisten bevorzugt. Daneben äußern zwei Drittel der Bundesbürger den Wunsch nach einer bundesweiten Informationsplattform im Internet. Insgesamt drei Viertel können sich vorstellen, ein solches Onlinesystem zu nutzen.

Jeweils eine große Mehrheit der Bevölkerung ist der Meinung, dass eine solche Plattform auch Informationen über Beteiligungsmöglichkeiten und bestehende Bürgerinitiativen bereitstellen sollte.

Was das bisherige Engagement im Rahmen von Infrastrukturprojekten anbe-

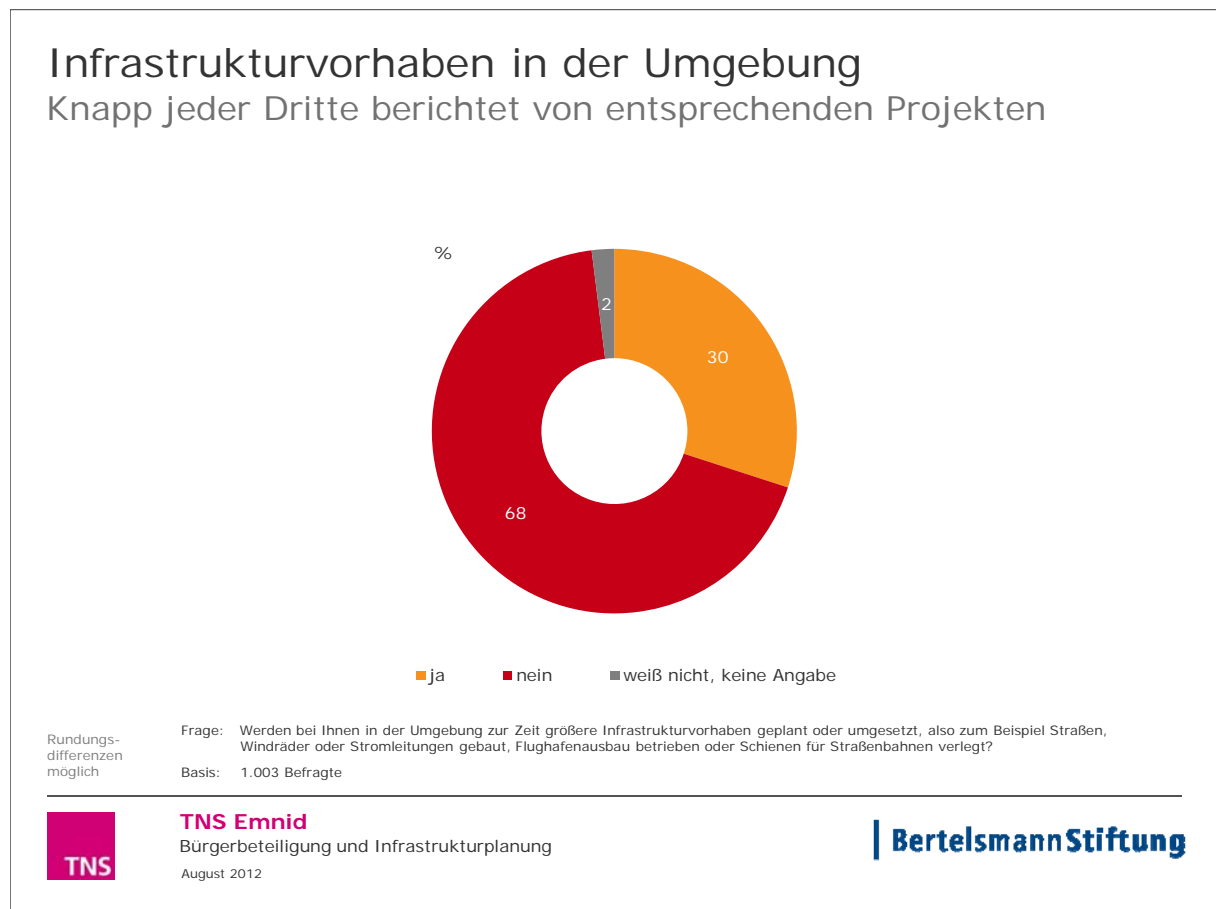
langt, berichten die meisten von der Teilnahme an Bürgerversammlungen oder Anhörungen. Knapp jeder zweite Befragte hat sich allerdings bisher noch gar nicht auf einem der genannten Wege beteiligt. Eigenes bisheriges Bürgerengagement wird von den 50- bis 59-Jährigen am häufigsten berichtet. Zudem geben Befragte aus kleineren Orten häufiger an, Mitsprachemöglichkeiten zu nutzen als jene aus (Groß-)Städten.

Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung wünscht einen Ausbau bisheriger Mitsprachemöglichkeiten bei der Planung und Durchführung von Infrastrukturvorhaben, sowohl für die Bürger selbst als auch für Politiker.

Bei der Frage, welche Formen des Engagements sich die Bürger im Rahmen von Infrastrukturmaßnahmen vorstellen können, wird eine generell hohe Beteiligungsbereitschaft signalisiert. Knapp zwei Drittel der Befragten wären bspw. bereit, auf Veranstaltungen mit anderen Bürgern über derartige Projekte zu diskutieren.

Zudem kann sich jeder Zweite vorstellen, sich im Internet an der Diskussion solcher Bauvorhaben zu beteiligen. Online-Beteiligung bietet dabei die Möglichkeit, das Beteiligungspotenzial insbesondere derjenigen Gruppen zu nutzen, die ansonsten eine geringer ausgeprägte Beteiligungsbereitschaft zeigen. Hierunter fallen vor allem Jüngere und Bürger größerer Städte.

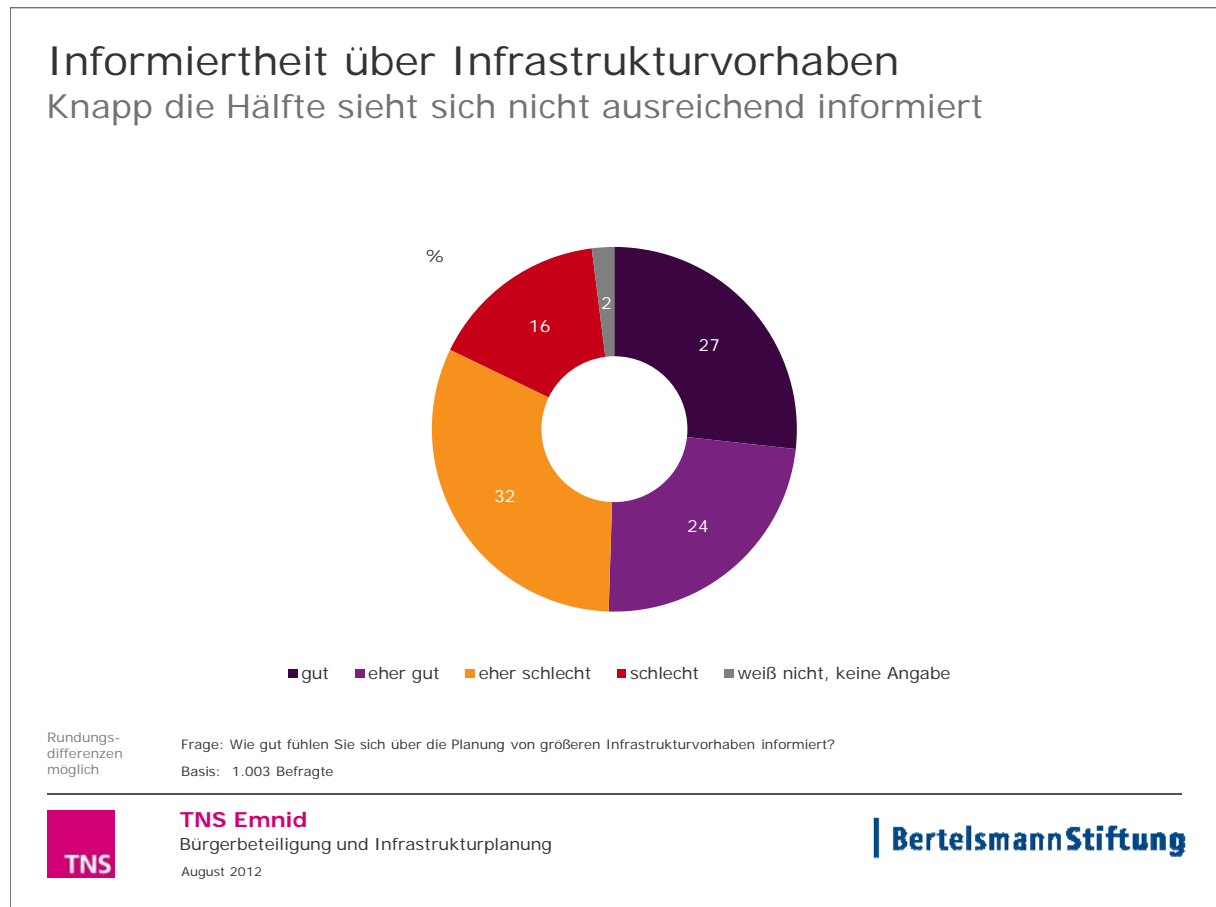
3 Infrastrukturvorhaben in der Umgebung



- Drei von zehn Deutschen (30%) geben an, dass in ihrer näheren Umgebung zurzeit größere Infrastrukturvorhaben geplant oder umgesetzt werden.
- Die Baumaßnahmen verteilen sich jedoch nicht gleichmäßig auf alle Regionen Deutschlands: Während Befragte aus den nördlichen neuen Bundesländern und Berlin gehäuft Infrastrukturmaßnahmen berichten (bis zu 38%), nehmen jene aus Nordrhein-Westfalen, Thüringen und Sachsen seltener derartige Projekte wahr (maximal 25%).
- Erwartungsgemäß finden sich in Metropolregionen (30-32%) häufiger Infrastrukturmaßnahmen als in ländlichen Gegenden (15%).

4 Kenntnisstand und Informationsbedarf

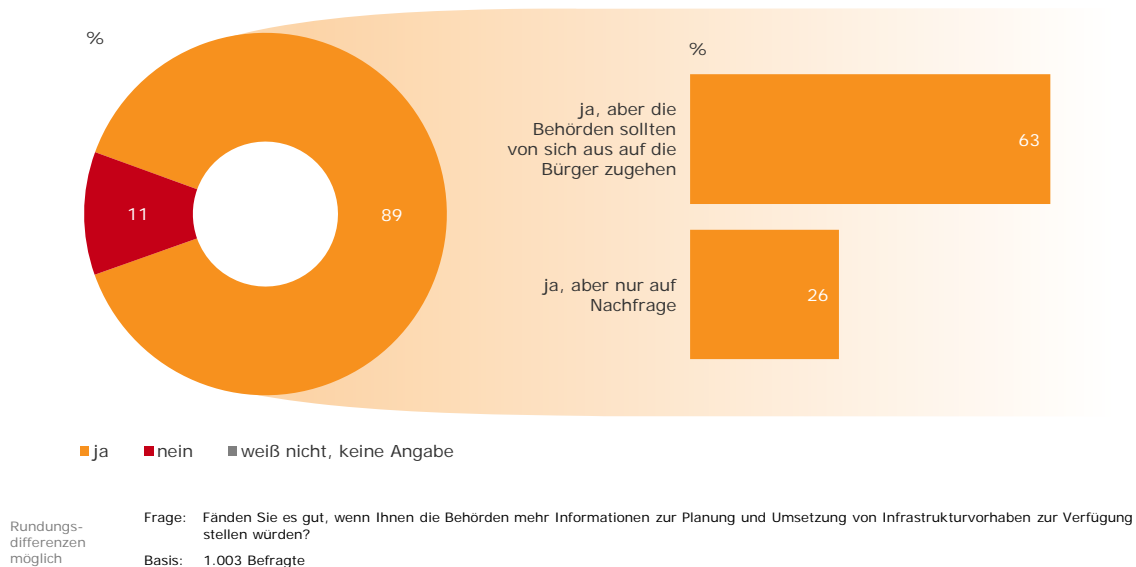
4.1 Informationen über Infrastrukturmaßnahmen



- Danach gefragt, wie gut sich Bürger über Infrastrukturvorhaben informiert fühlen, ergibt sich ein geteiltes Bild: Die Hälfte der Befragten meint, „gut“ oder zumindest „eher gut“ über die Planung derartiger Projekte informiert zu sein (50%), nicht viel weniger betrachten sich jedoch als „eher schlecht“ oder gar „schlecht“ informiert (48%).
- Der Altersvergleich fördert nur relativ geringe Unterschiede zutage. Bemerkenswert ist jedoch, dass sich die Rentnergeneration (ab 60 Jahren) besonders häufig für ausgesprochen „gut“ informiert hält (34%). Befragte im Schulalter hingegen sehen häufiger Defizite (lediglich 32% „eher gut“ oder „gut“).
- Zudem scheint die schiere Zahl an Infrastrukturvorhaben in der jeweiligen Wohnumgebung eine Rolle zu spielen: Je größer der Wohnort – und folglich: je größer die Zahl entsprechender Baumaßnahmen - desto schlechter wird der Informationsstand eingeschätzt. Dazu passt, dass sich gerade Befragte aus Berlin häufig „schlecht“ informiert fühlen (36%).

Mehr Informationen über Infrastrukturvorhaben

Neun von zehn wünschen sich mehr Informationen

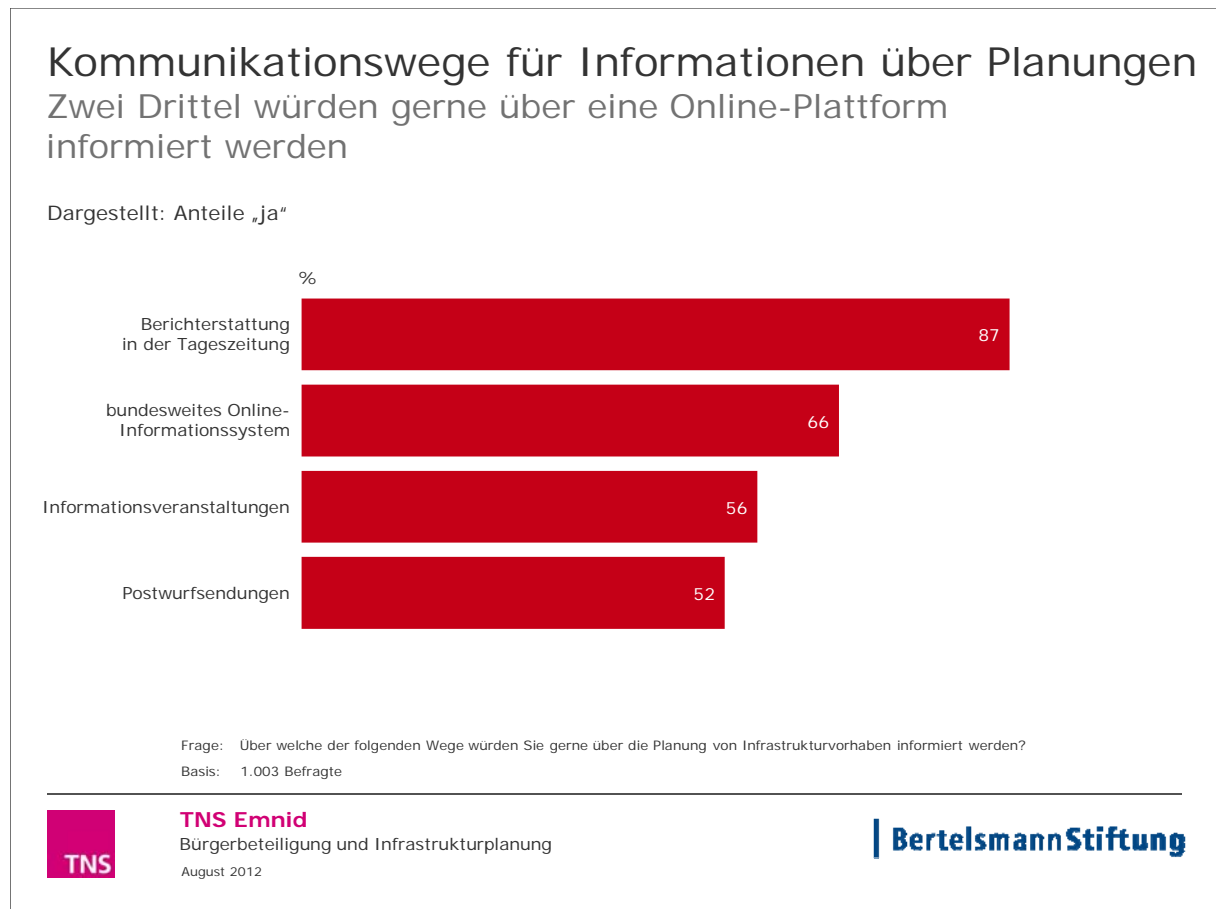


TNS Emnid
 Bürgerbeteiligung und Infrastrukturplanung
 August 2012

BertelsmannStiftung

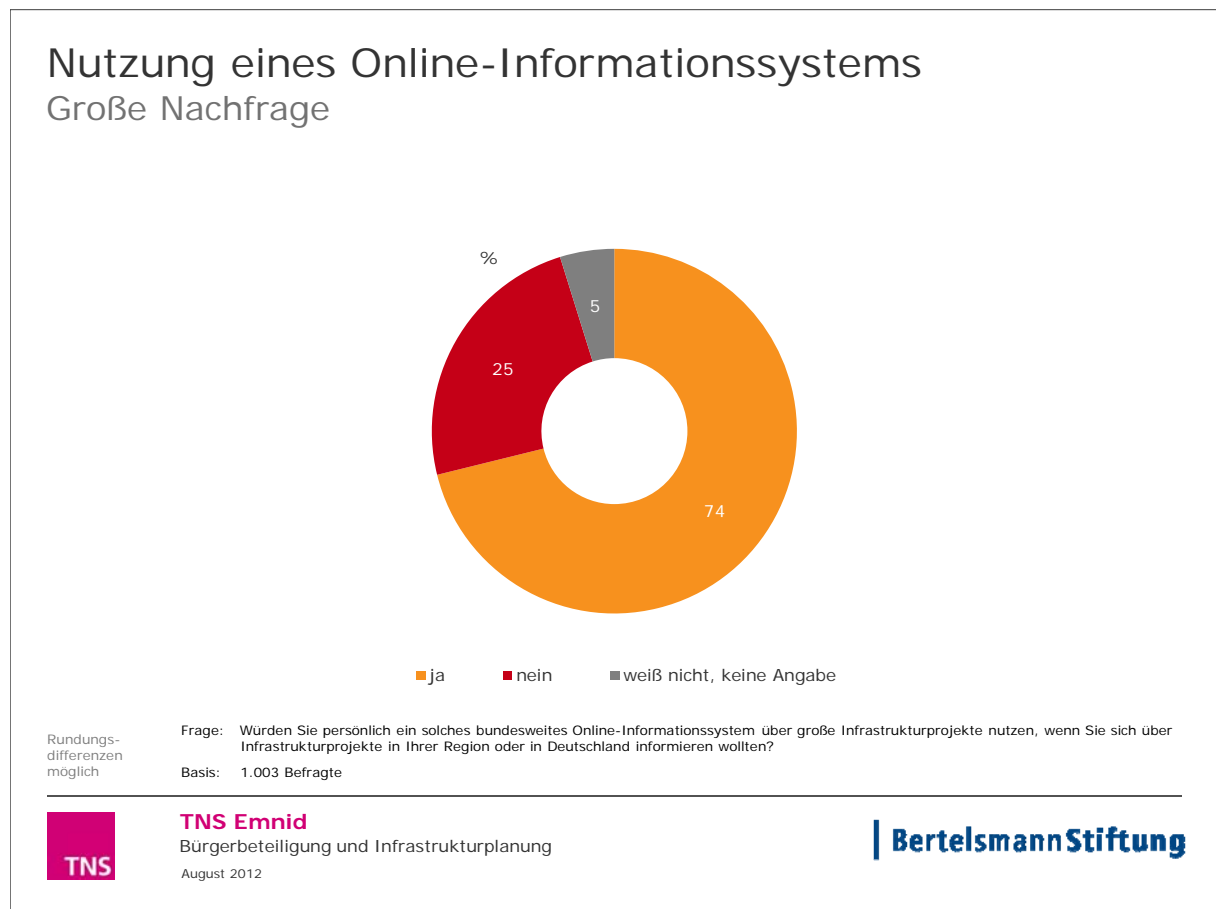
- Fast alle Deutschen wünschen sich mehr Informationen zur Planung und Umsetzung von Infrastrukturvorhaben von den verantwortlichen Behörden (89%). Mit 63% spricht sich der Großteil der Befragten gar dafür aus, dass die Behörden die Bevölkerung aktiv mit Informationen versorgen sollten, immerhin weitere 26% wünschen sich die Möglichkeit, entsprechende Informationen auf Nachfrage zu erhalten.
- Jüngere Befragte unter 40 Jahren antworten in dieser Frage etwas verhaltener: Unter ihnen finden sich vergleichsweise viele (32-40%), die es bevorzugen würden, Informationen über Infrastrukturvorhaben bei den Behörden bei Interesse anfordern zu können. Beim allgemeinen Wunsch nach mehr Informationen unterscheiden sich die Jüngeren jedoch nicht wesentlich vom Gesamtdurchschnitt. Ältere Befragte bevorzugen zu mindestens zwei Dritteln Informationen, die aktiv von den Behörden an die Bürger weitergegeben werden.
- Besonders offen gegenüber einer Informationsoffensive seitens der Behörden zeigen sich die Bewohner ländlicher Gegenden (96% wünschen sich allgemein „mehr Informationen“, 74% als aktives Informationsangebot).

4.2 Bevorzugte Kommunikationswege für Informationen über Infrastrukturmaßnahmen



- Aus der Tatsache, dass von Seiten der Bürger ein deutlicher Informationsbedarf geäußert wird, ergibt sich eine unmittelbare Folgefrage: Auf welche Weise soll dies geschehen? Mit Abstand die meisten Befragten wünschen sich, dass Informationen über Infrastrukturvorhaben in der Tageszeitung kommuniziert werden (87%) – dies gilt uneingeschränkt über alle Untergruppen hinweg. Jedoch werden auch die drei anderen vorgeschlagenen Kommunikationskanäle jeweils von einer Mehrheit befürwortet.
- Der allgemeine Wunsch nach einem Internet-basierten Informationssystem wird von gut zwei Drittel (66%) der Befragten geäußert. Insbesondere Jüngere sprechen sich dafür aus (unter 30 Jahren: 79%). Bei Befragten ab 60 Jahren ist dieser Anteil deutlich kleiner (50%), was sicherlich auch am höheren Offliner-Anteil in dieser Altersgruppe liegt. Darüber hinaus äußern sich Befragte aus ländlichen Gegenden in puncto Online-Informationssystem zurückhaltender als jene aus Metropolregionen.

5 Nutzungspotenzial eines Online-Informationssystems



- Insgesamt besteht ein beträchtliches Interesse an einem Online-Informationssystem für große Infrastrukturprojekte: Knapp drei Viertel der Befragten würden eine solche Plattform nutzen (74%).
- Bei der Betrachtung der Ergebnisse einzelner Untergruppen spiegeln sich bekannte Muster der generellen Online-Affinität wieder: Jüngere würden ein Online-Informationssystem eher nutzen als Ältere, Befragte mit höherer formaler Bildung häufiger als jene mit niedrigerem Bildungsgrad. Damit im Zusammenhang stehen ebenfalls beobachtbare Unterschiede der Nutzungspräferenz in den Einkommensgruppen (zunehmendes Nutzungsinteresse mit zunehmendem Haushalts-Einkommen).
- Anders als in der Vorfrage (bevorzugte Kommunikationskanäle) ergeben sich bei dieser Frage in allen Regionsgrößenklassen ähnliche Nutzungspotenziale – somit kann auch für Infrastrukturvorhaben in ländlicheren Gegenden von beträchtlichem Interesse an einem Internet-basierten Informationssystem ausgegangen werden.

Inhalte eines zentralen Online-Informationssystems

Sowohl Informationen über Beteiligungsmöglichkeiten als auch über Bürgerinitiativen finden großen Anklang

Dargestellt: Anteile „ja“



Frage: Angenommen, es wird ein zentrales Online-Informationssystem eingeführt, in dem Sie umfassend und schnell Informationen über alle Infrastrukturmaßnahmen bekommen können. Sollte ein zentrales Online-Informationssystem auch Informationen darüber enthalten, wie Sie sich als Bürger beteiligen und Einfluss nehmen können / welche Bürgerinitiativen es gibt und wie Sie als Bürger Kontakt zu ihnen aufnehmen können?

Basis: 1.003 Befragte



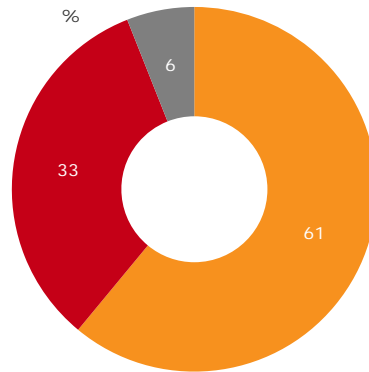
TNS Emnid
Bürgerbeteiligung und Infrastrukturplanung
August 2012

BertelsmannStiftung

- Die Frage nach den gewünschten Inhalten einer Online-Informationplattform liefert klare Ergebnisse: Sowohl Informationen über Möglichkeiten der Beteiligung und Einflussnahme als Bürger (76%) als auch Informationen darüber, welche Bürgerinitiativen es bereits gibt (79%) finden großen Anklang bei den Befragten.
- In allen betrachteten Untergruppen finden sich breite Mehrheiten für die vorgeschlagenen Inhalte.

Finanzierung eines Online-Informationssystems

Mehrheit befürwortet öffentliche Finanzierung des Systems



■ Steuergelder ■ jeder Nutzer ■ weiß nicht, keine Angabe

Rundungs-
differenzen
möglich

Frage: Sollte so ein zentrales Online-Informationssystem über Infrastrukturmaßnahmen Ihrer Ansicht nach aus Steuergeldern finanziert werden oder sollte jeder Nutzer dafür eine Gebühr bezahlen?

Basis: 1.003 Befragte

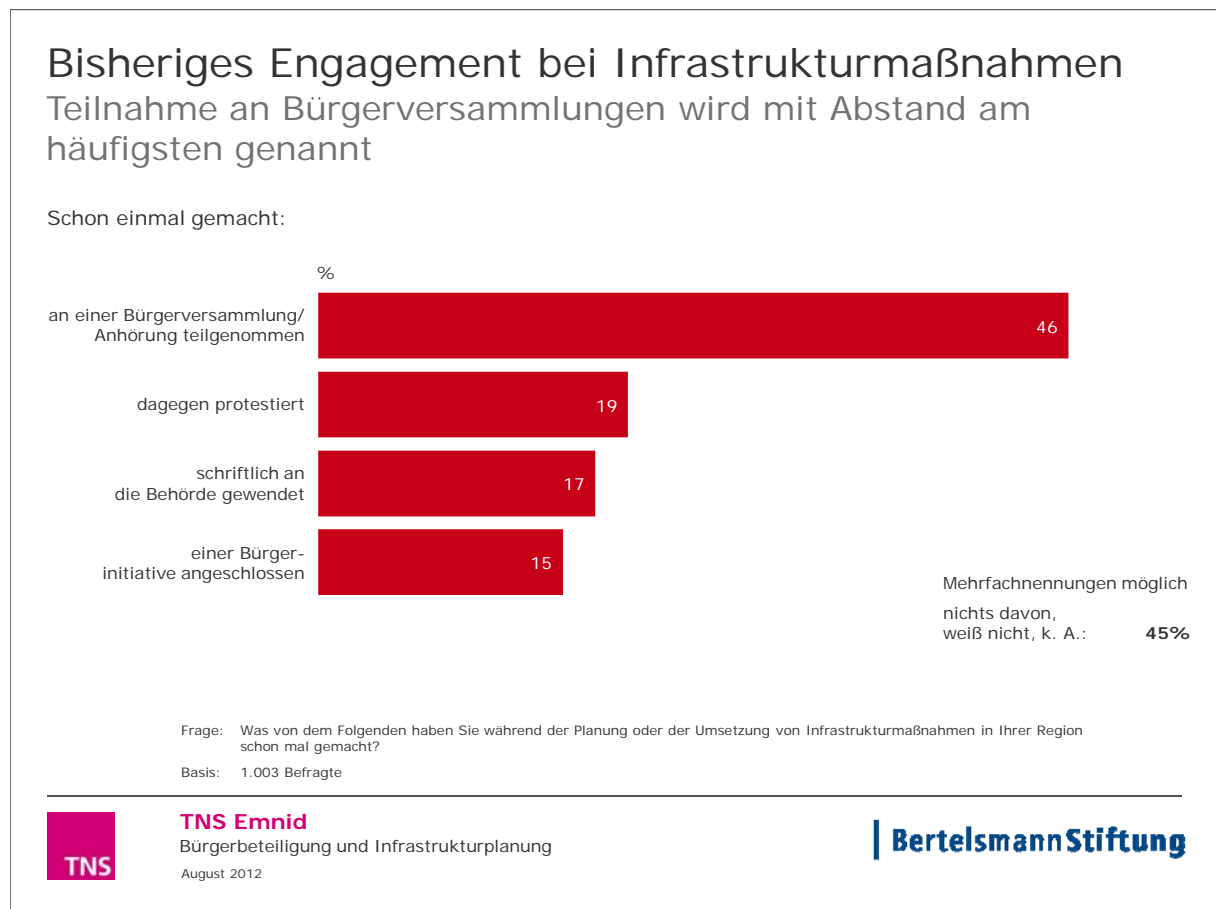


TNS Emnid
Bürgerbeteiligung und Infrastrukturplanung
August 2012

BertelsmannStiftung

- Die Finanzierung eines Online-Informationssystems sollte aus Sicht der Mehrheit der Befragten aus öffentlichen Geldern erfolgen (61%), nur jeder Dritte (33%) favorisiert ein Gebührenmodell, wonach die Plattform für Nutzer kostenpflichtig wäre.
- In der Einzelbetrachtung sprechen sich Männer überraschend deutlich für eine Finanzierung über Steuergelder aus (71%), während diese Präferenz bei Frauen weniger deutlich ist (Steuergelder: 51%; Nutzergebühr: 40%).
- Starke Befürworter der öffentlichen Finanzierungsvariante sind Befragte mit hoher formaler Bildung (71%). Allerdings favorisiert auch in den anderen Bildungsgruppen eine Mehrheit dieses Modell (53-60%).
- Es sind darüber hinaus auch gewisse regionale Differenzen festzustellen: Je nach Wohnregion fällt die Zustimmung zur Finanzierung aus Steuergeldern stärker oder schwächer aus (51% in Sachsen und Thüringen bis 80% in Berlin).
- Trotz dieser Differenzen im Einzelnen bleibt festzustellen: In allen betrachteten Untergruppen stimmt jeweils eine Mehrheit der Befragten für die kostenfreie Nutzung der Informationsplattform, die dafür aus öffentlichen Mitteln finanziert werden soll.

6 Mitsprache bei Infrastrukturprojekten



- Gut jeder zweite Deutsche hat sich bereits im Rahmen eines lokalen Infrastrukturprojektes in der einen oder anderen Weise engagiert (55%). Am häufigsten wird von der Teilnahme an Bürgerversammlungen oder Anhörungen berichtet (46%). Daneben haben jeweils 15-19% gegen ein solches Vorhaben protestiert, sich schriftlich an eine Behörde gewendet oder sich einer Bürgerinitiative angeschlossen.
- Bei dem bisherigen Bürgerengagement gibt es deutliche Unterschiede in den verschiedenen Altersgruppen. Dabei ist jedoch zu bedenken, dass die älteren Befragten schon öfter Gelegenheit gehabt haben, sich bei Infrastrukturmaßnahmen vor Ort zu engagieren – entsprechend ist der Anteil derer, die dies schon mal getan haben, in den jüngeren Altersgruppen naturgemäß geringer. Dennoch nimmt das Bürgerengagement mit zunehmendem Alter nicht kontinuierlich zu, sondern ist in der Altersgruppe der 50- bis 59-Jährigen mit Abstand am häufigsten: 68% geben hier an, mindestens eine der abgefragten Beteiligungsformen wahrgenommen zu haben. Bei den Älteren (über 60 Jahre), sind es mit 55% wieder deutlich weniger.
- Ein anderer wesentlicher Einflussfaktor scheint die Wohnortgröße zu sein. Befragte, die in Orten mit höchstens 100.000 Einwohnern leben, haben sich bisher deutlich häufiger engagiert als jene aus Großstädten.

Mitsprachemöglichkeiten für Bürger und Politiker

Knapp zwei Drittel wollen mehr Mitsprache sowohl für Bürger als auch für Politiker

Dargestellt: Anteile „ja“



Frage: Die Planung und Durchführung von Infrastrukturvorhaben liegt bisher bei der Verwaltung und den Behörden. Sollten in Zukunft auch die Bürger/die Politiker in Stadt, Land oder Bund mehr Mitsprachemöglichkeiten haben?

Basis: 1.003 Befragte



TNS Emnid
Bürgerbeteiligung und Infrastrukturplanung
August 2012

BertelsmannStiftung

- Mehr als acht von zehn Deutschen (84%) wünschen sich bei Infrastrukturprojekten mehr Mitsprachemöglichkeiten für die Bürger. Eine Ausweitung der Mitspracherechte für Politiker wünschen sich knapp drei Viertel (72%).
- Immerhin 63% setzen sich dafür ein, dass beide, Bürger und Politiker, bei entsprechenden Vorhaben stärker beteiligt werden.
- Dieser Befund zieht sich durch alle betrachteten Untergruppen.

Wunsch nach mehr Mitsprache

Mitsprache wird vor allem bei unmittelbarer Betroffenheit gefordert



Frage: Infrastrukturvorhaben finden ja in ganz Deutschland statt. Bitte sagen Sie mir, bei welchen Strukturmaßnahmen Sie gerne mehr Mitsprachemöglichkeiten hätten.

Basis: 1.003 Befragte



TNS Emnid
 Bürgerbeteiligung und Infrastrukturplanung
 August 2012

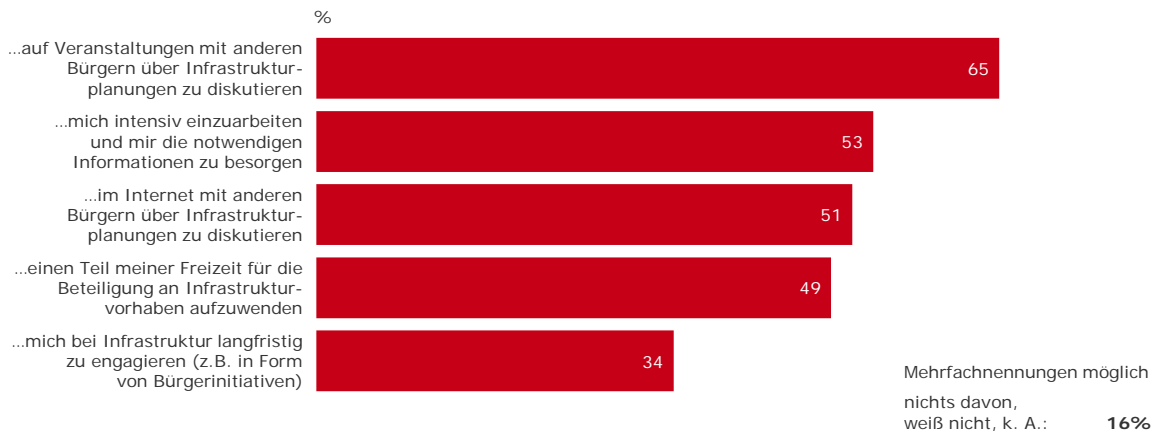


- Die Forderung von Mitsprachemöglichkeiten wird umso vehementer geäußert, je direkter man von einem Infrastrukturvorhaben betroffen ist: Bei unmittelbarer Betroffenheit oder Projekten in der eigenen Region wünschen sich jeweils mindestens 90% der Befragten mehr Mitsprachemöglichkeiten. Geht es um ein Vorhaben im selben Bundesland, sind es noch knapp drei Viertel (73%). Handelt es sich hingegen um ein anderes Bundesland, sinkt das Interesse schon überaus deutlich (17%).
- Dieser grundlegende Zusammenhang des mit zunehmender Nähe steigenden Interesses tritt in allen Untergruppen zutage.

Bereitschaft zur Beteiligung an Infrastrukturplanungen

Hohe Bereitschaft zum Engagement

„Ich bin bereit,....“



Frage: Wie stark sind Sie dazu bereit, sich zu engagieren und sich an Infrastrukturplanungen zu beteiligen?
Welchen der folgenden Aussagen stimmen Sie zu?

Basis: 1.003 Befragte



TNS Emnid
Bürgerbeteiligung und Infrastrukturplanung
August 2012

BertelsmannStiftung

- Insgesamt zeigen die Befragten eine hohe Beteiligungsbereitschaft: Lediglich 15% von ihnen würden sich auf keine der abgefragten Formen des Engagements bei Infrastrukturplanungen einlassen.
- Insgesamt erweisen sich Diskussionsveranstaltungen als der vielversprechendste Weg für mehr Mitsprache (65%). Immerhin 51% können sich vorstellen, an Diskussionen im Internet teilzunehmen. Sogar aufwändigere Formen der Beteiligung finden relativ häufig Anklang: 53% würden sich intensiv in die Thematik einarbeiten, 49% würden sogar einen Teil ihrer Freizeit für ein solches Engagement opfern und ein Drittel der Befragten (34%) könnte sich sogar ein langfristiges Engagement vorstellen.
- Auch bei der Beteiligungsbereitschaft zeigen sich Unterschiede: Männer geben durchgängig häufiger an, sich engagieren zu wollen als Frauen. Ähnlich verhält es sich bei Befragten mit höherem Bildungsabschluss.
- Vor allem Online-Beteiligungsmöglichkeiten bieten jedoch die Möglichkeit, insbesondere das Engagement Jüngerer zu nutzen: Zwei Drittel der unter 40-Jährigen würden im Internet mit anderen Bürgern über Infrastrukturvorhaben diskutieren (66 bzw. 67%).

- Beim Vergleich ländlicher und (groß-)städtischer Gegenden lässt sich eine ähnliche Tendenz feststellen: Während in kleineren Orten klassische Beteiligungsformen starken Anklang finden, ist man in größeren Städten häufiger bereit, sich online zu engagieren.